

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 16.03.2022 im Großen Saal des
Bürgerhauses Neuer Markt, Bühl, Europaplatz,

Sitzungsdauer: 18:05 Uhr bis 19:10 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadtrat Bernd Broß

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Georg Feuerer

Stadtrat Daniel Fritz

Stadträtin Beate Gässler

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Georg Schultheiß

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadtrat Norbert Zeller

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

Ortsverwaltung Neusatz,

Hans-Wilhelm Juchem

Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller

Verwaltung

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,

Corina Bergmaier

Personal-Organisation-Digitalisierung,

Daniel Bauer

Pressesprecher, Matthias Buschert

Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften,

Thomas Bauer

Bürgerservice-Sicherheit-Recht,

Reinhard Renner

Ordnungsamt, Andreas Bohnert

Gremien und Kommunales, Marc Vollmer

Zuhörer/innen 6

Pressevertreter 1

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied

Stadträtin Barbara Becker

Stadtrat Christian Böckeler

Stadtrat Prof. Dr. Johannes Moosheimer

Stadträtin Yvonne Zick

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 16.02.2022 gefassten Beschlüsse
3. Bebauungsplan der Innenentwicklung "In der Hofmatt" in Bühl-Altschweier im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
Änderung des Aufstellungsbeschlusses
4. RegioMORE – Förderantrag RegioWIN 2030 Gründung einer GmbH zur Abwicklung der Fördermittel
5. Beschaffung einer Geschwindigkeitsmessanlage mit Fahrzeug
6. Verkaufsbedingungen für städtische Wohnbaugrundstücke im Baugebiet „Rittersbachstraße“, in Bühl-Rittersbach
7. Beteiligungsbericht 2017
8. Investitionszuschuss für den Katholischen Kindergarten St. Josef Weitenung für die Einrichtung eines Spielbereichs für die Krippengruppe
9. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern werden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

TOP 2: Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 16.02.2022 gefassten Beschlüsse

Oberbürgermeister Schnurr gibt die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 16.02.2022 gefassten Beschlüsse (TOP 1 bis TOP 3 und TOP 6) bekannt.

TOP 3: Bebauungsplan der Innenentwicklung "In der Hofmatt" in Bühl-Altschweier im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB Anderung des Aufstellungsbeschlusses

Oberbürgermeister Schnurr erklärt eingangs, dass es Handlungsbedarf gibt, um die Baumas-se entsprechend der Umgebung gestalten zu können. Der Abgrenzungsplan liegt vor, so wie er derzeit vorgesehen ist. Der eingereichte Bauantrag wurde abgelehnt.

Stadtrat Hirn erinnert daran, dass der Ortschaftsrat Altschweier in seiner Sitzung der Vorlage einstimmig zugestimmt hat. Investoren müssen sich den Richtlinien nun anpassen.

Stadtrat Feuerer stellt fest, dass in diesem sensiblen Gebiet abgewogen werden muss, zwischen dem dörflichen Charakter, den planerischen Vorgaben und der Wohnbebauung. Auf seine Nachfrage hin erklärt Oberbürgermeister Schnurr, dass der Rahmen des Bebauungsplans im laufenden Verfahren noch ergänzt werden kann und fehlende Grundstücke mit aufgenommen werden können.

Stadtrat Seifermann stellt fest, dass Bauherren oft das Maximum des Grundstücks ausnutzen wollen. Es wird immer häufiger dazu kommen, dass im Innenbereich Bebauungspläne aufgestellt werden müssen, um eine verträgliche Bebauung zu erhalten.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass in solchen Fällen immer eine Abwägung zwischen der Schaffung von Wohnraum und dem Ortsbild notwendig ist. Die FW-Fraktion schließt sich dem Votum des Ortschaftsrats an.

Stadtrat Gretz entgegnet Stadtrat Feuerer, dass das Thema der räumlichen Festlegung auch im Ortschaftsrat Thema war. Der Ortschaftsrat war der Auffassung, dass mehr Beteiligte einen höheren Aufwand und höhere Kosten bedeute. Dies wurde dem Gremium so dargelegt. Sollten sich während des Verfahrens noch räumliche Erweiterungen ergeben, wäre dies sicherlich im Sinne des Ortschaftsrats.

Beschluss:

a) Der Gemeinderat beschließt die geänderte Aufstellung des Bebauungsplanes „In der Hofmatt“ in Bühl-Altschweier, als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB, gemäß dem ergänzten Abgrenzungsplan vom 08. März 2022.

b) Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Ausarbeitung des Bebauungsplanentwurfes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 4: RegioMORE – Förderantrag RegioWIN 2030 Gründung einer GmbH zur Abwicklung der Fördermittel

Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass man sich im Endstadium der Antragsstellung befindet. Der Antrag muss am 16. April vorliegen. Es ist im Rahmen des Antragsverfahrens erforderlich, eine öffentliche GmbH zu gründen.

Stadtrat Feuerer stellt fest, dass es ein großer Aufwand ist, eine GmbH zu gründen. Auf entsprechende Nachfrage erläutert Frau Bergmaier, Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht, dass es diesbezüglich zahlreiche Gespräche mit dem zuständigen Wirtschaftsministerium gegeben hat. Diese Vorgehensweise ist gängig, auch bei anderen Gründerzentren. Letztendlich war dies das einzige Modell, bei dem sich die Fördermenge nicht reduziert. Die GmbH wird recht klein gehalten und dient nur der Abrechnung der Fördermittel. An der parallel aufzubauenden Genossenschaft werden Firmen beteiligt. Herr Bauer, Finanzen – Beteiligungen – Liegenschaften, ergänzt, dass die Stadt Bühl anstatt einer zu gründenden GmbH laut Vorgabe des Wirtschaftsministeriums nicht auftreten kann. Sonst können die höchstmöglichen Fördermittel nicht vollständig in Anspruch genommen werden.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erinnert an die vielen Vorteile, die RegioMORE der Stadt Bühl bringt. Auch er hält den Aufwand, eine GmbH zu gründen, für sehr groß. Er signalisiert die Zustimmung der FW-Fraktion.

Stadtrat Hirn berichtet, dass auch in der SPD-Fraktion die Sinnhaftigkeit extra eine GmbH zu gründen, thematisiert wurde. Man möchte jedoch auch die volle Fördermenge abschöpfen können, darum stimmt die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Für die FDP-Fraktion erläutert Stadtrat Jäckel, dass es nötig ist, hier zuzustimmen, da dies ein wichtiges Zukunftsprojekt für die Stadt ist. Hier kann viel Innovatives entstehen.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Nagel erklärt Oberbürgermeister Schnurr, dass vom Wirtschaftsministerium eine eigenständige GmbH gefordert wird. Über die BITS GmbH kann dies nicht abgewickelt werden, dies wurde geprüft.

Frau Bergmaier erläutert auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Fallert, dass das Projekt bei rund 10 Millionen Euro angesetzt ist und die Förderquote bei 60 bis 70 Prozent liegt.

Stadtrat Seifermann signalisiert seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Stadträtin Dr. Burget-Behm kritisiert in diesem Zusammenhang die lähmende Überbürokratisierung, gegen die man ankämpfen muss. Die aufgrund dieser Vorgaben entstehenden Mehrkosten könnte man an anderer Stelle besser einsetzen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Gründung der kommunalen GmbH zur Abwicklung der Förderung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

TOP 5: Beschaffung einer Geschwindigkeitsmessanlage mit Fahrzeug

Stadtrat Feuerer signalisiert die Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Auf seine entsprechende Nachfrage erläutert Herr Bohnert, Ordnungsamt, dass die Installation fester Geschwindigkeitsmessanlagen eine politische Grundsatzentscheidung darstellen. Aus Erfahrungen von Nachbarkommunen kann er berichten, dass drei Stelen zur Geschwindigkeitsmessung zuzüglich einer Kamera rund 130.000 Euro kosten. Hinzu kommen noch die Tiefbaukosten und die Kosten im laufenden Betrieb.

Oberbürgermeister Schnurr nimmt die Anregung auf, dies in der Klausur zum Thema Mobilität anzusprechen.

Stadtrat Hirn stellt fest, dass es Sanktionen geben muss für diejenigen, die gegen Vorschriften verstoßen. Deshalb muss man auch diese Beschaffung tätigen. Er hebt die voraussichtliche Amortisierung der Anschaffung in zwei bis zweieinhalb Jahren hervor. Als wichtigen Aspekt erwähnt er auch die Erziehung der Verkehrsteilnehmer und die Verkehrssicherheit.

Herr Bohnert berichtet von der bisherigen Anlage, die im Jahr 2021 in zwei Monaten 20.000 Euro eingespielt hat. Der Trailer hat in zehn Wochen 88.000 Euro eingespielt. Mitbedenken muss man immer auch noch die Personalkosten. Es gibt verschiedene Anbieter, aber auch verschiedene Systeme. Das System es0 ist ein Lichtschrankensystem, welches technisch nicht angreifbar ist.

Stadtrat Seifermann findet eine Kontrolle des Straßenverkehrs wichtig. Die mobile Anlage hat den Vorteil, dass man den Standort oft wechseln kann. Auf entsprechende Nachfrage antwortet Herr Renner, Gremien und Kommunales, dass ein E-Fahrzeug geprüft wurde. Aufgrund der Batteriefunktion konnte hier ein solches Fahrzeug nicht eingesetzt werden.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Broß antwortet Herr Bohnert, dass ein Lichtschrankensystem nicht angreifbar ist. Das Regierungspräsidium Tübingen hat empfohlen, dass die bisherige Anlage, eine Radaranlage, nicht mehr eingesetzt wird. Bei einem Rechtsstreit würde man Gefahr laufen, dass hier die Korrektheit der Messung angezweifelt wird.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Fritz antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass die Anschaffung eines Trailers auch aufgearbeitet und nochmal zum Thema gemacht wird.

Stadtrat Zeller schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Fritz an. Auf seine entsprechende Nachfrage bezüglich der Angebotsübersicht erläutert Herr Renner, dass eine Firma versehentlich ein falsches Angebot abgegeben hat, welches nicht gewertet werden konnte.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger stellt fest, dass ein solches, normgerechtes Gerät, zur Verkehrserziehung benötigt wird, um Sanktionen rechtssicher durchführen zu können.

Beschluss:

Die Firma Kistler Instrument GmbH, Sindelfingen, erhält den Auftrag, das Messgerät ES8.0 zum Preis von 138.892,09 € zu liefern und in das Fahrzeug einzubauen.

Die Firma Autohaus Gerstenmaier Baden GmbH, Rastatt, erhält den Auftrag, das Fahrzeug VW T6 zum Preis von 41.307,48 € zu liefern.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 6: Verkaufsbedingungen für städtische Wohnbaugrundstücke im Baugebiet „Rittersbachstraße„ in Bühl-Rittersbach

Stadtrat Hirn kritisiert den heutigen Leserbrief in der Presse, der sich mit den Verkaufsbedingungen in diesem Baugebiet beschäftigt. Er signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Herr Bauer, Finanzen – Beteiligungen – Liegenschaften, bekräftigt, dass die Stadt das Grundstück im Rahmen des Umlegungsverfahrens zugewiesen bekommen hat. Der Wert ist in den Büchern enthalten, unter diesem Wert darf es rechtlich nicht verkauft werden.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Schultheiß antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass es die Regel ist, dass die Leitungen erst später verlegt werden, wenn genau klar ist wo sich die Hausanschlüsse befinden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die weiteren Schritte zum Verkauf der städtischen Wohnbaugrundstücke im Baugebiet „Rittersbachstraße“ zu veranlassen.

Der Gemeinderat stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu den im Sachverhalt beschriebenen Konditionen für die städtischen Grundstücke zu. Der Kaufpreis incl. den Beiträgen beträgt 330,00 Euro/m² bzw. 356,00 Euro/m² bei einer Bebauung mit einem Doppelhaus. Der Gemeinderat stimmt der vorgeschlagenen Wertminderung von 10 % für Grund und Boden für die mit Leitungsrechten belastete Grundstücksteilfläche (81 m²) des Grundstücks Flst.Nr. 10002 zu.

Flurstück-Nr.	Größe	Euro/m ²	Kaufpreis	Wertminderung durch Leitungsrecht	Endgültiger Gesamtkaufpreis
10002	367 m ²	356,00	130.652,00 €	2.883,60 €	127.768,40 €
10003	365 m ²	356,00	129.940,00 €		129.940,00 €
9998	526 m ²	330,00	173.580,00 €		173.580,00 €
10018	484 m ²	85,00	41.140,00 €		41.140,00 €
				Gesamt	472.428,40 €

Der Bauplatz 9998 ist nur ungeteilt zusammen mit Flst. Nr. 10018 (Grünfläche) zu verkaufen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 7: Beteiligungsbericht 2017

Auf entsprechender Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erläutert Herr Bauer, Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, dass die Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft nur die Beteiligung der beteiligten Kommunen an der Baden-Airpark GmbH umfasst. Die beteiligten Kommunen werden anteilig zu den Kosten herangezogen. Ein Gewinn kann deswegen nicht entstehen, sodass es auch keinen Rückfluss gibt.

Beschluss:

Gemeinderat nimmt von dem Beteiligungsbericht 2017 Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 8: Investitionszuschuss für den Katholischen Kindergarten St. Josef Weitenung für die Einrichtung eines Spielbereichs für die Krippengruppe

Beschluss:

Der Katholische Kindergarten St. Josef Weitenung erhält für die Einrichtung eines Spielbereichs für die Krippengruppe im Außenbereich einen einmaligen Zuschuss von 8.712,58 Euro.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 9: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation in Bühl aufgrund des Ukrainekrieges

Oberbürgermeister Schnurr kündigt einen ausführlichen, nachdenklichen Bericht zur aktuellen Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine an.

Bürgermeister Jokerst zeigt zunächst eine Flagge, die heute Morgen von Flüchtlingen überreicht wurde. Am Vorabend ist am Autobahnparkplatz ein Bus mit Flüchtlingen liegengeblieben, die dann kurzfristig in Bühl Schlafplätze und Verpflegung im Vereinsheim erhalten haben.

In seinem ausführlichen Bericht geht er auf fünf große Aufgabenfelder ein, mit denen die Stadtverwaltung konfrontiert ist und die damit beschäftigten Fachbereiche. Er erläutert ausführlich die anfallenden Aufgaben in den Bereichen Unterbringung, Registrierung und Asylbewerberleistungsgesetz, Schulen und Kindertageseinrichtungen, Ehrenamtlicher Unterstützernetzwerk sowie die Kalarasch-Hilfe.

Abschließend dankt er auch im Namen von Oberbürgermeister Schnurr allen Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung, sowie allen Menschen, die in Bühl hier mithelfen. Er stellt insgesamt eine große Solidarität und Hilfsbereitschaft fest.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Hirn erklärt Bürgermeister Jokerst, dass das kfw-Sonderprogramm zur Einrichtung von Flüchtlingseinrichtungen bekannt ist und dies in der Fraktionsvorsitzendenrunde zum Thema gemacht wird. Bürgermeister Jokerst ergänzt, dass gemeinsam überlegt werden muss, ob dauerhaft eine Einrichtung in der Stadt geschaffen und entsprechend Geld in die Hand genommen werden soll. Mit dem Förderprogramm wird man sich kurzfristig auseinandersetzen.

Stadtrat Jäckel hält es für wichtig, dass man auch Ehrenamtliche gewinnt, die russisch sprechen, da viele Ukrainer russisch können. Er verweist auf die Situation der Bühler Tafel. Man kann im Cap-Markt Gutscheine kaufen und diese im Tafelladen abgeben. Hiermit unterstützt man beide Einrichtungen.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Jäckel antwortet Bürgermeister Jokerst, dass man die Meldung registriert hat, wonach ukrainischen Schülerinnen und Schülern, die kurz vor ihrer Abschlussprüfung stehen, die Möglichkeit gegeben werden soll, diese auch hier abzulegen. Hierfür muss jedoch das Kultusministerium zunächst die Voraussetzungen schaffen. Momentan ist man damit beschäftigt, das die Kinder und Jugendlichen überhaupt in die Schulen zu bekommen. Er dankt für die Erwähnung des Tafelladens, der maßgeblich dafür sorgt, dass die Flüchtlinge in den ersten Tagen Lebensmittel erhalten.

Bürgermeister Jokerst gibt auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Löschner bekannt,

dass in Bühl rund 30 ukrainischstämmige Personen leben. Zu denen soll Kontakt aufgenommen werden um hier eventuell Übersetzer zu gewinnen. 105 Flüchtlinge wurden in Bühl privat aufgenommen. Wieviel von den aufnehmenden Personen aus der Ukraine stammen, ist noch nicht bekannt.

Fahrradfreundlicher Arbeitgeber

Die Stadtverwaltung hat sich bemüht als fahrradfreundlicher Arbeitgeber ausgezeichnet zu werden. Dies ist gelungen, der Stadt wurde durch die EU und des ADFC das Audit in Silber für die nächsten drei Jahre verliehen.

Bühlerhöhe

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Gretz erklärt Oberbürgermeister Schnurr, dass er im Hinblick auf die Diskussion um die Eigentumsverhältnisse des ehemaligen Schlosshotels Bühlerhöhe mit Landtagsabgeordneten Kontakt hatte. Er wird auch die Bundestagsabgeordneten ansprechen und hofft, hier etwas bewegen zu können.

Schlagloch

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Zeller zu, den Bauhof zu beauftragen, um das Schlagloch in der Kurve im neu geteerten Weg in den Reben zwischen Riegelhofweg und Schüttelebrünnele in Kappelwindeck zu beseitigen.

Klotzbergstraße

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Zeller zu, abzuklären, wie lange die Klotzbergstraße in Kappelwindeck aufgrund des Breitbandausbaus noch gesperrt ist.

Schreiben des Finanzamtes bzgl. Grundsteuer

Stadtrat Jäckel berichtet, dass Grundstückseigentümer in Riegel und Gucken in Kappelwindeck Abfragen des Finanzamts bezüglich ihrer Grundstücksgröße erhalten haben, im Hinblick auf die Erhebung der Grundsteuer. Er dankt Herrn Bauer für seine schnelle Reaktion.

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Jäckel zu, hier auf die Presse zuzugehen und die Bevölkerung und den Gemeinderat entsprechend zu informieren. Auch mit dem Finanzamt soll Kontakt aufgenommen werden, um die Kommunikation zu verbessern.

Bühler Tafel

Stadträtin Gässler fragt nach einem übergeordneten Topf, der dafür sorgt, dass der Tafelladen in der derzeitigen Situation finanzielle Unterstützung erhält, da er maßgeblich an der Erstversorgung der Ukraine-Flüchtlinge beteiligt ist.

Bürgermeister Jokerst erklärt, dass die Flüchtlinge zwar Leistungen beziehen, jedoch in einem Niveau von Sozialhilfeempfängern. Mit diesen Mitteln können die Flüchtlinge im Tafelladen günstig einkaufen. Er erläutert kurz das System des Tafelladens.

Stadtrat van Daalen ergänzt, dass eher das Problem ist, dass Helfer benötigt werden, die Ware ist derzeit nicht das Problem.

Stadtrat Gretz bekräftigt die Meinung von Stadträtin Gässler, dass die Tafel jetzt Unterstützung bekommt. Wenn der Tafelladen nicht mehr helfen kann, beispielsweise aus finanziellen

oder personellen Gründen, muss der Staat ohnehin tätig werden.

Bürgermeister Jokerst ergänzt, dass der Tafelladen momentan besonders gefordert ist, wenn die Flüchtlinge neu ankommen um schnell an Lebensmittel zu gelangen. Wenn man der Ansicht ist, dass hier etwas geändert werden muss, kann man sich gerne gemeinsam an die zuständigen politischen Stellen wenden.

Stadtrat Seifermann ist der Meinung, dass es Sinn macht, wenn man sich mittelfristig um Zuschüsse von übergeordneten Stellen für den Tafelladen bemüht.

Stadtrat Jäckel bemerkt, dass hier aufgrund der gebotenen Schnelligkeit nur die Hilfsorganisationen große Organisationen und private Initiativen kurzfristig helfen können, der Staat kann so schnell nicht reagieren.

Stadtrat Nagel stellt fest, dass dieser Bericht vieles relativiert. Er regt an beispielsweise Schulmensen zu öffnen um Notspeisungen anzubieten und ähnliche Aktionen von der Kommune aus ins Leben zu rufen, um hier Abhilfe zu schaffen.

Regiomove

Stadtrat Hirn lobt die Einrichtung am Bahnhof, an der die Stadt beteiligt ist. Sie ist ein Gewinn für die Stadt.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Marc Vollmer